

Altersgerechtes Wohnen in Klausdorf

Wie altersgerechtes Wohnen in Klausdorf in 10 Jahren aussehen kann, war Thema auf der gemeinsamen Veranstaltung der verdi-Senior/innen Kreis Plön, AWO und Sozialverband. Eingeladen waren hierzu Schwentimentals Bürgermeister Michael Stremlau und die Stadtvertreter/innen.



Wie der Presse zu entnehmen war, ist die Zukunft des Wohnens nicht nur in Schwentimental ein drängendes Problem heißt es in den einleitenden Worten der ver.di-Senioren/innen-Vorsitzenden **Brigitte Gehrke**. Die ver.di Kollegen/innen befassten sich mit möglichen Wohnformen im Alter und haben sich bereits verschiedene Projekte vor Ort angesehen und mit Bewohner/innen diskutiert. Dabei zeigte sich, dass Menschen, die bereits über Wohneigentum verfügten, durch einen Verkauf auf kleine Wohnungen umsteigen könnten. Förderung ist insbesondere für diejenigen nötig, die sich das nicht leisten können.

Die AWO-Vorsitzende Monika Vogt begrüßt die anwesenden Kommunalpolitiker. Sie wies darauf hin, dass das Thema nicht neu sei. In der bestehenden Wohnanlage fehlen Kurzzeitpflege und Betreuung.

Es gehe um die Umsetzung der Ergebnisse der Sozialraumanalyse, so Holger Malterer von den ver.di-Senioren/innen. In Schwentimental

wohnen 13.822 Personen. Davon 7.970 im OT Raisdorf und 5.582 im OT Klausdorf. Die Einwohnerzahl sinkt danach bis 2030 auf 12.230 ab, während sich der Anteil der über 80-jährigen, von 770 auf 1.410 verdoppelt. 88% der Senioren in Klausdorf würden gerne im Alter in Klausdorf leben bleiben wollen. Weitere wichtige Ergebnisse der Sozialraumanalyse sind, dass das Angebot für Menschen mit Unterstützungs- oder Pflegebedarf ausgebaut und differenziert werden sollte.

Der Vorsitzende des Sozialverbandes Heinz Schröder wies darauf hin, dass angemessener Wohnraum für jeden Menschen unverzichtbar sei. Für die Verankerung des Rechts auf angemessenen Wohnraum in der Landesverfassung haben Sozialverband und Mieterbund zusammen mit anderen 39.311 Unterschriften gesammelt und diese an den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Klaus Schlie, übergeben.



Bürgermeister **Stremlau** sieht die Notwendigkeit, den Fokus der Stadt verstärkt auf Wohnen im Alter zu richten - auch auf betreutes Wohnen. Allerdings „werden wir realistischer Weise nicht für alle bestehenden Bedarfe neue altersgerechte Wohnungen schaffen können“, sagte er in seinem Einleitungsbeitrag. Es müssen viele verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. In Einfamilienhaussiedlungen gehen durch den Generationenwechsel gewachsene Verbindungen verloren. Für ihn sei es vor diesem Hintergrund eine gute Lösung, Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort zu entwickeln, auch durch die Förderung und Stärkung von Netzwerken, so dass man im Alter möglichst lange weiter zu Hause wohnen kann.

Semra Basoglu , Projektleitung Quartiersbüro Klausdorf, konnte eingangs berichten, dass der erste Schritt im Quartiersmanagement, mit Einstellung von Sarah Lütjens und Jörg Fronius, erfolgreich eingeleitet wurde. Alle seien aufgerufen sich an den Projekten zu beteiligen. Sie berichtet über den „Gustav-Schatz-Hof „ von der Diakonie Altholstein in Gaarden und das Haus in Kiel-Ellerbek.

Im Laufe der Diskussion ging es dann um alltägliche Fragen wie Möglichkeiten einzukaufen - Nahverkehr - Mitfahrmöglichkeiten - Seniorenticket. Immer wieder kam zum Vorschein, dass Menschen auch im Alter, solange es geht selbstbestimmt leben möchten. Das heißt, es braucht eher öffentliche Angebote, weil „man nicht immer jemanden bitten möchte“. Einiges von den Anregungen notierten sich die Mitglieder der Stadtvertretung. Die Hinterlandbebauung wurde als Alternative in die Diskussion eingebracht.

Eingebracht wurde die Forderung, auf Bauvorhaben mehr Einfluss zu nehmen und geförderten Wohnraum einzufordern. Der Bauausschussvorsitzende Stefan Wiese (Bündnis 90/Die Grünen) legte dar, dass die rechtlichen Möglichkeiten hier sehr begrenzt sind.



Yavuz Yilmaz aus der CDU Fraktion berichtete von dem geplanten Neubau von „Sankt Anna“, im OT Raisdorf, bei dem die Wohnungen aber schon vergeben seien, bevor gebaut wurde. Er regt an, sich mit Bauunternehmen zusammen zu setzen. Eine weitere Möglichkeit sei Beratung zu organisieren, wie Einfamilienhäuser umgebaut werden können. Zum einen barrierefrei, zum anderen Aufteilung durch Umbau in zwei Wohnungen.

Die Diskussion hat auch gezeigt, dass es für nachfolgende Generationen nötig ist, über die nächsten 10 Jahre hinaus Wohnungs- und Baupolitik den geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Generationen wohnen überwiegend nicht mehr in Familienverbänden. Kinder ziehen oft wegen der Arbeit weit weg. So sollte Einfluss genommen werden, dass etwa auch im ländlichen Raum öfter Mehrfamilienhäuser entstehen, statt nur auf Einfamilienhäuser zu setzen, welche zu groß werden, wenn die Kinder ausgezogen sind.

AWO, Sozialverband und ver.di haben mit der Veranstaltung eine notwendige Diskussion eröffnet. Jeder Betroffene ist aufgerufen sich am Diskurs zu beteiligen. Es geht um wirklich große Projekte, die bürgergerecht zu gestalten sind und einen fraktionsübergreifenden Konsens erfordern. Die Hoffnung, dass in anderen Gemeinden entsprechende Betreuung übernommen werden kann, wird sich nicht erfüllen, weil die o.a. Entwicklung überall gleichermaßen eintreffen wird.